



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



1
—
21

ZEITENWENDE 1990/91: VOM PARIA ZUM HEILSBINGER: DIE RÜCKKEHR DER RELIGION AUF DIE ÖFFENTLICHE BÜHNE DER SOWJETUNION

von Alexa von Winning

Im November 1987 feierte die Sowjetunion den siebzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution mit einer großen Militärparade in Moskau. Neben Vertreter*innen der sowjetischen Streitkräfte marschierten auch historische Regimenter mit, die an die Verteidigung der Revolution im Bürgerkrieg und dem Zweiten Weltkrieg erinnerten. Michail Gorbatschow, der seit März 1985 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) war und ein grundlegendes Reformprogramm zur Neugestaltung der Sowjetunion angestoßen hatte, versuchte, die historische Tradition für seine politische Agenda zu nutzen. Er präsentierte seinen Perestroika (wörtlich: Umbau) genannten Erneuerungskurs als Fortsetzung des „Roten Oktobers“ und als „zweite russische Revolution“.¹

Im Sommer 1988, wenige Monate nach den Revolutionsfeierlichkeiten, wurde in Moskau erneut an ein prägendes historisches Ereignis erinnert. Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) feierte das tausendjährige Jubiläum der „Taufe Russlands“ und gedachte der Annahme des Christentums durch den Großfürsten Wladimir in Kiew im Jahr 988. Es gab Festgottesdienste in allen Diözesen. Ein großes Landeskonzil verabschiedete ein neues Statut zur inneren Struktur der ROK, das eine Reihe staatlicher Kontrollmöglichkeiten über die Kirche rückgängig

machte. Zum ersten Mal seit 1917 kam es wieder zu Heiligensprechungen. Bei der Eröffnungs- und Schlussitzung des Konzils waren 500 ausländische Gäste aus hundert Ländern zugegen. In ganz Moskau zeigten etliche Ausstellungen historische religiöse Kunst und aktuelle Werke, die sich mit dem religiösen Erbe Russlands auseinandersetzten. Besonders auffallend waren die Zeichen staatlicher Protektion: Die Festivitäten konnten in prominenten öffentlichen Räumen stattfinden, ihre Höhepunkte wurden in Funk und Fernsehen übertragen. Die Presse berichtete, frei von gehässigen Tönen, über die Feierlichkeiten. Bei einem großen Millenniumskonzert im Moskauer Bolschoj-Theater saßen Mitglieder der Parteiführung so zahlreich auf der Tribüne, dass das Konzert auf

.....
¹ Michail Gorbatschow: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987.



Millenniumsfeier der Christianisierung Russlands: Festgottesdienst in Anwesenheit von hohen Würdenträgern der Russisch-Orthodoxen Kirche, hochrangigen Gästen anderer Glaubensgemeinschaften und staatlichen Repräsentanten. Kiew, 1988. Im Hintergrund sieht man auf dem Wandgemälde Großfürst Wladimir den Großen von Kiew, der sich 988 n. Chr. taufen ließ.

Foto: ullstein bild/SNA

manche Beobachter*innen wie ein Staatsakt wirkte. Dem Patriarchen wurde eine Limousine gestellt, was sonst nur Parteieliten vorbehalten war. Nach dem Konzert durfte er die Jubiläumsgäste sogar zu einem Empfang im noblen Moskauer Restaurant Praga einladen.²

Diese Prominenz eines religiösen Festes im öffentlichen Raum war ein starker Kontrast zur scharfen antireligiösen Propaganda, die seit der Oktoberrevolution die öffentliche Darstellung von Glaubensgemeinschaften in der Sowjetunion bestimmt hatte. In einem sozialistischen Staat hatte

Religion keinen legitimen Platz. Ungeachtet aller Repressionen und Verunglimpfung bestanden die orthodoxe Religion und die ROK allerdings fort, ebenso wie andere in der Sowjetunion präsenste Glaubensgemeinschaften. 1988 entdeckte die Parteiführung um Gorbatschow religiöse Sowjetbürger*innen als politische Ressource im Kampf um die Fortsetzung ihrer Reformpolitik. Im Austausch für eine emphatische Begrüßung der Perestroika durfte die Kirche das wichtige Millennium feiern. Die Kirchenführung um Patriarch Pimen, der seit 1970 im Amt war und eine enge Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden praktizierte, genoss die plötzliche staatliche Protektion der Feierlichkeiten sowie die wohlwollende Aufmerksamkeit der sowjetischen Presse. Bei jeder möglichen Gelegenheit bekundeten der Patriarch und andere Kirchenobere die „enthusiastische“ Begrüßung der Perestroika durch die

2 Ulrich Ruh: Taufe der Rus und Perestrojka. Die Millenniumsfeierlichkeiten der Russischen Orthodoxen Kirche, in: Herder-Korrespondenz 42 (1988), H. 7, S. 320-323; Helen Bell/Jane Ellis: *The Millennium Celebrations of 1988 in the USSR*, in: *Religion in Communist Lands* 16 (1988), H. 4, S. 292-324.



1000 Jahre Christianisierung Russlands: Hierarchen der Russisch-Orthodoxen Kirche, Repräsentanten der sowjetischen Gesellschaft, ausländische Vertreter des Christentums und anderer Religionen kommen zu einer Konferenz im Bolschoj-Theater zusammen, am 5. Juni 1988.

Foto: ullstein bild/SPUTNIK

Gläubigen. Doch die taktische Annäherung an die größte Glaubensgemeinschaft des Landes trat bald einen religiösen Boom los, der große Teile der sowjetischen Gesellschaft ergriff und die neu entstehenden politischen Institutionen prägte.

70 Jahre Verfolgung und Gängelung

1905 hatte Lenin in Anlehnung an Karl Marx seine Einschätzung von Religion und Kirche polemisch formuliert: „Die Religion ist das Opium des Volkes. Die Religion ist eine Art von geistigem Fusel, in dem die Sklaven des Kapitals ihr menschliches Antlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben ertränken.“³ Mit der Befreiung der Arbeiterschaft durch den Sozialismus werde sich ihr Bedürfnis nach diesem betäubenden Fusel legen

3 Auszug aus Wladimir Lenin: *Socializm i religija*, abgedruckt in: Peter Hauptmann/Gerd Stricker (Hg.): *Die Orthodoxe Kirche in Rußland. Dokumente ihrer Geschichte (860-1980)*, Göttingen 1988, S. 603 ff. Einen Überblick über die Situation der Russisch-Orthodoxen Kirche in der Geschichte Russlands bietet Thomas Bremer: *Kreuz und Kreml. Kleine Geschichte der orthodoxen Kirche in Russland*, Freiburg im Breisgau 2007.



Patriarch Tichon (Wassili Iwanowitsch Belawin, 19.01.1865-07.04.1925), Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Aufnahme um 1923
Foto: ullstein bild

und die Religion verschwinden. Weil die ROK als gefährliche Konkurrentin um die Sympathien von Millionen sowjetischer Bürger*innen viel tiefer im Alltag der Bevölkerung verwurzelt war als die noch junge Partei, bekämpften die Bolschewiki sie von Anfang an.

Zwischen 1918 und 1939 zerstörten administrative und wirtschaftliche Schikanen sowie blanker Terror die insti-



Der russische Kosmonaut Juri Gagarin verkündet auf diesem Propaganda-plakat von 1975, dass es keinen Gott gebe.

Foto: Staatliches Museum für Religionsgeschichte, St. Petersburg



Dreifaltigkeitskloster in Sagorsk (Sergijew Possad), aufgenommen um 1959
Foto: picture alliance/dpa-Zentralbild/Berliner Verlag/Archiv

tionellen Strukturen der Kirche weitgehend. Kirchen und Klöster wurden geschlossen, zweckentfremdet oder gesprengt sowie Ländereien und anderer Besitz enteignet. Zahlreiche Geistliche verloren während der Terrorwellen der 1930er Jahre ihre Freiheit und ihr Leben. Mit diffamierender antireligiöser Propaganda versuchten die Bolschewiki, das Vertrauen der Bevölkerung in die Kirche zu zerstören. Poster und Plakate zeigten Religion als Hindernis für den Sozialismus und als Relikt der Vergangenheit, das mit der Zeit absterben werde. Geistliche Führer wurden lächerlich gemacht und beschimpft. Sie wurden als schädlich, rückständig, gierig und hinterhältig beschrieben.⁴

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion sammelte die Kirchenführung mit der engagierten Hilfe von Gläubigen große Summen für die Rote Armee und die Unterstützung bedürftiger Menschen. Der anfangs desaströse Kriegsverlauf machte es dem sowjetischen Regime unmöglich, seine antireligiöse Politik fortzusetzen und die

.....

4 Geistliche und politische Führungsämter waren in der Sowjetunion – mit sehr vereinzelt Ausnahmen – ausschließlich mit Männern besetzt. Wenn inklusive Personenbezeichnungen die historische Realität grob verzerren würden, wird darauf verzichtet.

Loyalität der gläubigen Bevölkerung, insbesondere der gläubigen Soldaten, zu riskieren. Die antireligiösen Kampagnen liefen aus, und die wichtigste atheistische Organisation, der Verband der kämpfenden Gottlosen, wurde 1942 geschlossen. 1943 folgte die formale Wiederherstellung der ROK. Sie stand allerdings unter der Aufsicht des neu gegründeten Rats für die Angelegenheiten der Orthodoxen Kirche (ab 1965: Rat für religiöse Angelegenheiten), um die Kontrolle des Parteistaats zu gewährleisten. Stalin bedankte sich öffentlich für das kirchliche Engagement und erlaubte die Wahl eines Patriarchen, der das seit 1925 nur provisorisch amtierende Oberhaupt der Kirche ersetzte. In den folgenden Jahren erreichten Gläubige und Priester durch Petitionen an lokale und regionale Behörden die Wiedereröffnung zahlreicher Kirchen.

Wenige Jahre nach Stalins Tod begann Chruschtschow zwar eine neue Welle der Verfolgung, die bis 1964 anhielt. Sie war jedoch weniger gewalttätig als die früheren Angriffe, sondern stützte sich zum einen auf verschärfte antireligiöse Propaganda. Technische Errungenschaften der Sowjetunion wie die Luft- und Raumfahrt wurden zu antireligiösen Zwecken genutzt. Nach seinem ersten Raumflug ließen die Propagandisten Jurij Gagarin ver-

künden: „Es gibt dort oben keinen Gott!“ In Bild und Text wurde diese Botschaft tausendfach wiederholt.⁵ Zum anderen umfasste die neuerliche Verfolgung eine deutliche Verringerung der Gemeinden und Klöster sowie drastische Einschränkungen für kirchliche Aktivitäten aller Art. Karitative Tätigkeiten waren ebenso verboten wie der Betrieb von Bibliotheken. Gegen geistliche Lehrinrichtungen ging der Staat besonders hart vor. 1960 wurden fünf von acht Priesterseminaren geschlossen und Priesteranwärter drangsaliert. Die Kirchenführung leistete gegen all diese Maßnahmen kaum Widerstand. Der fortdauernde Burgfriede zwischen Kirchen- und Staatsführung schloss sowohl eine verdeckte als auch eine offene Kooperation mit staatlichen Behörden ein.

Unter Breschnew diente die ROK als Aushängeschild im Kalten Krieg. Sie war Mitglied internationaler kirchlicher Vereinigungen, sprach sich für eine Friedenspolitik aus und beteuerte gegenüber der Weltöffentlichkeit, dass es in der Sowjetunion keinerlei Beeinträchtigungen des Rechts auf Glaubensfreiheit gebe. Schikanen durch Behörden prägten allerdings auch während Breschnews Regierungszeit den Alltag vieler Gläubiger und ihrer Gemeinden. Die Verfassung von 1977 erlaubte zwar religiöse „Kulthandlungen“, allerdings nur im Innenraum der wenigen verbliebenen Kirchen. Religiöse Praktiken außerhalb der Kirchenmauern bedurften einer Genehmigung durch die Behörden. Diese wurde oftmals verwehrt, weil die Verfassung zugleich jegliche Form von „religiöser Propaganda“ verbot. Darunter fielen prinzipiell auch Gottesdienste. Angehörige anderer Religionsgruppen wie etwa des Judentums oder des Islams erfuhren ähnliche Restriktionen, teilweise noch verstärkt durch althergebrachte Vorurteile gegen ihre Glaubensgemeinschaften.

Glaube ging im Sozialismus aber nicht gänzlich verloren, sondern veränderte und entkirchlichte sich.⁶ Inmitten der Erschütterungen durch Krieg und Terror fanden die Gläubigen neue Wege, ihr religiöses Leben den sowjetischen Gegebenheiten anzupassen. Noch 1937 gaben zum Schrecken der bolschewistischen Machthaber 57 % der Befragten in einer Volkszählung ihre Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft an.⁷ Schätzungen gingen davon aus, dass in den 1980er Jahren bei einer Gesamtbe-

völkerung von 240 Millionen Menschen noch ca. 70 Millionen Gläubige in der Sowjetunion lebten.⁸ Auch wenn diese Zahlen nicht offen zugegeben wurden, existierten die Kirche und ihre Anhänger*innen seit 1942 doch als eine Art geduldeter Paria: In der Propaganda ausgegrenzt und beschimpft, waren sie dennoch ein fester Teil der sowjetischen Gesellschaft und durch einen etablierten Modus Vivendi mit dem Parteistaat verbunden.

Vorboten der Öffnung

Mit dem Machtantritt Gorbatschows im März 1985 änderte sich die antireligiöse Grundhaltung der politischen Führung zunächst nicht. Atheismus und Religion spielten auf dem 27. Parteitag zwar keine zentrale Rolle.



Werbeplakat für den Film „Die Reue“
Foto: Georgian-Film (as Qartuli Pilmi)

5 Victoria Smolkin: *A Sacred Space Is Never Empty. A History of Soviet Atheism*, Princeton 2018, S. 84-105.

6 Gregory Freeze: Von der Entkirchlichung zur Laisierung. Staat, Kirche und Gläubige in Russland, in: Friedrich Wilhelm Graf/Heinrich Meier (Hg.): *Politik und Religion. Zur Diagnose der Gegenwart*, München 2013, S. 79-120.

7 Rolf Binner/Marc Junge: Vernichtung der orthodoxen Geistlichen in der Sowjetunion in den Massenoperationen des Großen Terrors 1937-1938, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 52 (2004), H. 4, S. 516 f.

8 Paul Roth: Die religiöse Situation und die Religionsgesetzgebung in der UdSSR/GUS 1990/1991, München 1992, S. 9; Kathrin Behrens: Die Russische Orthodoxe Kirche. Segen für die „neuen Zaren“? Religion und Politik im postsowjetischen Russland (1991-2000), Paderborn 2002, S. 72.

Für Gorbatschow stand aber fest: Zur gegenwärtigen Misere der Sowjetunion habe auch die „ideologische Stagnation“ beigetragen.⁹ Sie müsse durch eine verstärkte atheistische Erziehung überwunden und der Mensch zur engagierten Mitarbeit am Sozialismus angeregt werden. Zur Vorbereitung auf das Millennium konnten Parteimitglieder spezielle Schulungen im Umgang mit „religiöser Propaganda“ belegen. Trotz dieser andauernden offiziellen Bekenntnisse zum Atheismus zeichneten sich seit 1986 deutliche Veränderungen im öffentlichen Diskurs ab. Erstmals gab es jenseits des Korsetts der antireligiösen Propaganda positive Berichte über die Rolle von Religion und Glaubensgemeinschaften in der sowjetischen Gesellschaft. Diese Verschiebung im öffentlichen Diskurs war zunächst nicht ein intendierter Teil von Gorbatschows Liberalisierung und Demokratisierung des Sozialismus, sondern ein unbeabsichtigter Nebeneffekt der Glasnost. Unter diesem Schlagwort versprach Gorbatschow mehr Transparenz und Ehrlichkeit. Die staatliche Zensur wurde gelockert; Kulturschaffende und Medienmacher*innen konnten offenlegen, was zuvor geheim gehalten oder vertuscht worden war.

Angeregt durch diese neue Politik der Offenheit, ging in den Jahren 1986 und 1987 ein Ruck durch das kulturelle Leben der Sowjetunion. Zahlreiche Romane, Erzählungen und Filme wurden aus den Schubladen geholt und erstmals veröffentlicht. Schriftsteller*innen und Regisseur*innen griffen drängende Fragen der sowjetischen Vergangenheit sowie Gegenwart auf und nutzten dafür auch eine religiöse Sprache und Symbolik. Hierfür stellt der 1987 gezeigte, international für Furore sorgende Film „Die Reue“ von Tschengis Abduladse, der sich mit den stalinistischen Verbrechen beschäftigte, ein anschauliches Beispiel dar. Er schließt mit einer Szene, in der sich eine ältere Frau erkundigt, ob die Straße, auf der sie unterwegs ist, zur Kirche führe. Als sie hört, dass dies nicht der Fall sei, fragt sie: „Was ist denn der Zweck einer Straße, wenn sie nicht zu einer Kirche führt?“

Von Filmen und Büchern sprang diese neue Tonart bald auf Teile der sowjetischen Presse über. Angesichts der vielfältigen sozialen Krisen und Missstände fragten Journalist*innen, ob nicht die kirchliche Tradition der Barmherzigkeit nötige Abhilfe leisten könne. Auch die behördlichen Schikanen gegen Gläubige stießen zunehmend auf Kritik, genauso wie der erbärmliche Zustand

9 Atheismus am Parteitag ausgeklammert, in: Glaube in der 2. Welt 14 (1986), H. 5, S. 8-9; Elena Pozdeeva: Zum neuen Programm der KPdSU, in: Glaube in der 2. Welt 14 (1986), H. 6, S. 20-23.

vieler Kirchen und Klöster. Kirchliche Bauten galten zunehmend als kulturelle Denkmäler, die unbedingt zu erhalten seien. Die kritische Erörterung der sowjetischen Geschichte ließ ferner die stalinistischen Verfolgungen der Kirche zu einem Thema der öffentlichen Debatte werden.

Im November 1987 veröffentlichte die Zeitschrift „Wissenschaft und Religion“, vormals das wichtigste Organ der atheistischen Propaganda, ein wegweisendes Interview mit Konstantin Chartschew, dem Vorsitzenden des Rats für religiöse Angelegenheiten. Dieser Rat wandelte sich während der Perestroika-Jahre von einer Kontrollinstanz zu einem Interessensvertreter der ROK und anderer Religionsgemeinschaften. Im Interview präsentierte Chartschew ein neues Verständnis von der Rolle der Religion und ihren Anhänger*innen: Die Mehrheit der Gläubigen setze sich aktiv für die Perestroika ein; gläubige und nicht-gläubige Sowjetbürger*innen müssten zusammenarbeiten, um den Erfolg der Reformen zu gewährleisten.¹⁰ Angetrieben durch Glasnost, war das Lenin'sche Diktum vom unweigerlichen Absterben der Religion einer neuen politischen Sprachregelung gewichen. Chartschew formulierte es so: „Wir alle – Gläubige und Nichtgläubige – sind Ruderer in einem Boot. Um das gewünschte Ufer so schnell wie möglich zu erreichen, müssen wir gut organisiert und abgestimmt mit größtmöglichen Ergebnissen handeln.“¹¹

Taktische Rehabilitierung der Kirche

Im Frühjahr und Sommer 1988 wurden diese freundlichen Töne gegenüber den Gläubigen schließlich politische Realität. Die Parteiführung um Gorbatschow ließ die traditionelle Religionsfeindlichkeit hinter sich und betrieb stattdessen eine offizielle Anerkennung der Religionen, insbesondere der russischen Orthodoxie, als legitimen Teil der sowjetischen Vergangenheit und Gegenwart. Auseinandersetzungen mit Reformgegnern in der Partei und der Schatten des herannahenden Millenniums zwangen Gorbatschow zu diesem Kurswechsel. Als wirtschaftliche Erfolge ausblieben und die Presse immer neue gesellschaftliche Missstände sowie grobe Versäumnisse der Partei aufdeckte, geriet Gorbatschows Liberalisierung zunehmend in die Kritik konservativer Parteikreise. Sie wollten die Zügel

10 Paul Roth gibt die wichtigsten Thesen des Interviews in deutscher Übersetzung wieder. Paul Roth: 5 Jahre Religions- und Kirchenpolitik unter Gorbatschow, München 1990, S. 33 f.

11 Ebd., S. 33. Die veränderte Tonlage gibt auch die Berichterstattung in der Zeitschrift „Glaube in der 2. Welt“ (heute „Religion und Gesellschaft in Ost und West“) wieder.



Michail Gorbatschow (3.v.l.), empfing auf eigenen Wunsch am 29. April 1988 aus Anlass des 1000-jährigen Bestehens der russischen Kirche Patriarch Pimen von Moskau sowie Mitglieder der Synode der Russisch-Orthodoxen Kirche. Foto: picture alliance/Tass

wieder anziehen und insbesondere die „Enthüllungsflut“ in den Medien bremsen. Das parteiinterne Murren an seiner Reformpolitik kulminierte im März 1988 öffentlichkeitswirksam in einem Leserbrief der Chemiedozentin Nina Andrejewa, in dem sie gemeinsam mit konservativen Parteiführern Treue zu den sozialistischen Prinzipien forderte und sich gegen neue „ideologische Ströme“ aussprach, die in der Sowjetunion um sich griffen und „unkritisch“ gegenüber religiösen Ideen seien.¹²

Zugleich galt das kommende Jubiläum in der westlichen Öffentlichkeit als wichtiger Indikator für die Lage der sowjetischen Religionsgemeinschaften. Entsprechend aufmerksam wurden die Vorbereitungen beobachtet. Die Russische Orthodoxe Kirche im Ausland (ROKA) hatte bereits 1975, fünf Jahre, bevor die ROK eine entsprechende Genehmigung vom Rat für religiöse Angelegenheiten erhalten hatte, die Feierlichkeiten vorzubereiten begonnen und die sowjetische Regierung damit unter Zugzwang gesetzt. Nur wenige Tage vor dem Jahrestag stand zudem Ende Mai 1988 ein Besuch Ronald Reagans in der Sowjetunion an. Der amerikanische Präsident wollte zum vierten Gipfeltreffen in die sowjetische Hauptstadt reisen und dabei kirchliche Dissident*innen

treffen, um sich über die Lage der Glaubensfreiheit in der Sowjetunion zu informieren. Erleichterungen für die Glaubensgemeinschaften versprachen demnach nicht nur innenpolitischen Zuspruch, sondern konnten auch im Ausland das Ansehen Gorbatschows festigen und die internationalen Beziehungen weiter verbessern.¹³

Unter dem Druck der Andrejewa-Affäre und mit Blick auf Reagans Besuch sowie auf das herannahende Millennium entschied sich Gorbatschow für ein Treffen mit Patriarch Pimen, das großes Aufsehen erregte. Am 29.04.1988 empfing er den Patriarchen und einige hochrangige Bischöfe zu einem Gespräch im Moskauer Kreml. Es war das erste Mal seit 1943, dass ein Parteichef offiziell mit Repräsentanten der ROK zusammenkam. Die großen Zeitungen druckten lange Berichte mit Fotos des Empfangs und ließen neben Gorbatschow auch den Patriarchen ausgiebig zu Wort kommen. Gorbatschow selbst rief während des Treffens gläubige Sowjetbürger*innen zur Mitarbeit an der Perestrojka auf. Er sprach ihnen Respekt und Anerkennung zu: „Gläubige sind sowjetische Menschen, Werktätige, Patrioten, und sie haben das volle Recht, ihre Überzeugungen würdig auszudrücken. Perestrojka, Demokratisierung, Glasnost betreffen

12 Der Leserbrief von Nina Andrejewa an die Zeitung „Sowetskaja Rossija“ vom 12.3.1988 findet sich in deutscher Übersetzung in: Gerhard Simon/Nadja Simon: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993, S. 241–246.

13 Klaus Gestwa: Das Ende der Konfrontation. Gorbatschows „Neues Denken“ und seine Folgen. Teil 1, in: Einsichten und Perspektiven 4 (2020), S. 16–27 und Das Ende der Konfrontation. Gorbatschows „Neues Denken“ und seine Folgen. Teil 2, in: Einsichten und Perspektiven 4 (2020), S. 4–18.

auch sie, und zwar vollständig, ohne irgendwelche Einschränkungen.“ Die Kirche sei aufgrund ihrer Kompetenzen auf dem Feld der „gesellschaftlichen Moral“ besonders dazu geeignet, den Staat im Kampf gegen Alkohol- und Drogenmissbrauch zu unterstützen.¹⁴ Diese beiden sozialen Missstände hatte Gorbatschow weit oben auf seine politische Agenda gesetzt.¹⁵ Den teils verunsicherten Parteikadern erklärte Chartschew, dass erfolgreiche Politik Millionen von Anhängern brauche und die Partei besser Anhänger habe, die sowohl an den Kommunismus als auch an Gott glaubten, als solche, die an gar nichts oder nur an Gott glaubten.¹⁶ Äußerungen wie diese zeigten, wie sehr die Parteiführung die Kirche und die Gläubigen als Instrument verstand, das sie nach Belieben einsetzen und kontrollieren wollte.

Auf das prominente Treffen folgte eine Reihe signifikanter Zugeständnisse an die Kirche, die den politischen Kurswechsel zementierten und die Rückkehr der Kirche auf die öffentliche Bühne und in die Mitte der Gesellschaft vorantrieben. Die ROK erhielt das Höhlenkloster in Kiew zurück, das als eines der ältesten orthodoxen Klöster besondere Bedeutung hatte. Diözesen wurden restituiert und neue Seminare zur Ausbildung von Priestern erlaubt. Kirchen konnten gebaut oder restauriert werden. Den spektakulären Höhepunkt der Konzessionen bildete die bereits erwähnte Millenniumsfeier. Auf der 19. Parteikonferenz, die wenige Tage nach dem Millennium stattfand, erklärte Gorbatschow, dass die Partei religiöse Ansichten zwar weiterhin für unwissenschaftlich halte. Dies sei fortan aber kein Grund mehr, Gläubige respektlos zu behandeln.

Unerwartete Anziehungskraft

Während sich weite Teile der Partei mit dem religionspolitischen Kurswechsel schwertaten, zeigte die Mehrheit der sowjetischen Öffentlichkeit wenig Berührungängste gegenüber religiösen Dingen. Im Gegenteil: In der allgemeinen Mobilisierung und Politisierung, die während der Perestroika-Jahre die Sowjetbürger*innen zu Hunderttau-

14 Zur Berichterstattung über das Treffen in der sowjetischen Presse siehe Roth (wie Anm. 8), S. 18 f.

15 Kurz nach seiner Wahl zum Generalsekretär begann Gorbatschow eine großangelegte Kampagne gegen den Alkoholkonsum. Diese stieß allerdings auf erheblichen Unmut in der Bevölkerung und führte zu erheblichen Steuerausfällen für den sowjetischen Staat. Die Problematik der Drogenabhängigkeit erfuhr durch schockierende Presseberichte seit 1987 immer mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Dies wird ausführlich in einem Artikel von Sophie Nübling behandelt, der in Heft 2 (2020) erscheinen wird.

16 *Russkaja mysl'*, 20. Mai 1988, S. 4. Zit. nach: Bell/Ellis (wie Anm. 2), S. 323.

senden auf die Straßen und Plätze trieben, fanden religiöse Veranstaltungen großen Zulauf. Menschen, die kaum jemals einen Fuß in eine Kirche gesetzt hatten, strömten zu den großen religiösen Festen durch wieder geöffnete Kirchentüren. Kirchliche Taufen und Hochzeiten erfreuten sich immer größerer Beliebtheit; oftmals ließen sich nun sogar Paare kirchlich trauen, die bereits seit Langem standesamtlich verheiratet waren. Gorbatschow und seine Frau Raissa bekannten 1989 sogar öffentlich, dass sie als Kinder getauft worden waren. Auch kulturelle Veranstaltungen bestärkten diese massenhafte Wiederentdeckung der Religion. Im ganzen Land wurden unzählige große und kleine Ausstellungen eröffnet, die lange unzugängliche religiöse Kunst zeigten und allen Besucher*innen die historische Bedeutung des religiösen Erbes vor Augen führten. Das Moskauer Rubljow-Museum für altrussische Kunst zeigte beispielsweise einen zweiteiligen Film sowie eine Fotoausstellung über Kirchenkunst und orthodoxe Traditionen. Sie stieß auf großes Interesse, da Andrej Rubljow, einer der größten russischen Ikonenmaler, während des Millenniums heiliggesprochen wurde.¹⁷

Währenddessen bemühten sich Laien in der ganzen Sowjetunion nach Kräften darum, leerstehende Kirchenbauten zurückzuerhalten und sie mit Spenden zu restaurieren. Oftmals trafen diese kleinen Gruppen von Gläubigen dabei auf hartnäckigen behördlichen Widerstand, den sie unter Gebrauch der neuen politischen Möglichkeiten zu überwinden suchten: Sie sammelten Unterschriften, nutzten die mediale Aufmerksamkeit, veranstalteten Gottesdienste im Freien und traten sogar in den Hungerstreik. Viele Gläubige engagierten sich in Krankenhäusern sowie Kinderheimen und erteilten informellen Religionsunterricht. Anhänger*innen anderer christlicher Glaubensgemeinschaften, wie etwa Katholik*innen und Baptist*innen, nutzten die Öffnung ebenfalls für wohlätiges Engagement.

Formal waren all diese religiösen Aktivitäten als „anti-sowjetische Propaganda“ weiterhin verboten. Sie wurden aber nicht mehr verfolgt. Atheistische Aktivist*innen sahen sich durch die neue Popularität der Religionen in eine merkwürdige Lage gebracht. Die Gesetze hatten sich nicht geändert, und die Produktion atheistischer Handbücher für den Unterricht an staatlichen Institutionen lief beinahe wie gewohnt weiter, aber ihre Bedeutung war dramatisch gesunken. Tatsächlich konnte die vormals dominante atheistische Rhetorik nur noch in wenigen

17 Roth (wie Anm. 8), S. 49 f.



Andrej Rubljow, Dreifaltigkeitsikone, um 1430 n. Chr.
Foto: The Yorck Project (2002):10.000 Meisterwerke der Malerei, Directmedia Publishing GmbH



Eine alte Kirche und Hochhäuser im Südwesten Moskaus in den 1980er Jahren
Foto: picture alliance /zbl/Fotograf:Wilfried Glienke

Nischen den Ton angeben, etwa im Militär. Große Teile der sowjetischen Öffentlichkeit bewegten sich ab 1989 weg vom marxistisch-leninistischen Materialismus hin zur Spiritualität. Während die Orthodxie am stärksten von diesem Umschwung profitierte, fanden auch parareligiöse Angebote aller Art Zuspruch. Wunderheiler*innen

nutzten die neuen Freiheiten ebenso wie Anbieter*innen obskurer spiritueller Praktiken wie Telepathie und Astrologie.¹⁸

In den nicht-russisch und nicht-orthodox geprägten Teilrepubliken der Sowjetunion erfuhren religiöse Veranstaltungen oftmals noch stärkeren Zulauf, weil sich das Streben nach Religionsfreiheit mit dem nationalen Aufbegehren vermischte. Die baltischen Volksfronten führten den Kampf um nationale Unabhängigkeit auch in den römisch-katholischen und lutherischen Kirchen ihrer Länder. Tausende Zuschauer*innen besuchten die erneute Weihe zweckentfremdeter Kathedralen. Die Osterfeiern im Frühjahr 1989 zogen so viele Menschen an, dass die Gottesdienste per Lautsprecher auf die Straße übertragen wurden. Das litauische Fernsehen nahm eine Sendung für katholische Gläubige in sein Programm auf.¹⁹

Nicht nur christliche Kirchen profitierten von den Erleichterungen. Die sowjetischen Muslim*innen in Zentralasien kamen zwar später als die baltische Bevölkerung in den Genuss religiöser Freiheiten. Noch zu Beginn der Perestroika-Jahre startete die Moskauer Parteiführung eine Kampagne gegen zentralasiatische Partieliten, in der sie die lokalen „Parteifürsten“ der Korruption und des Amtsmissbrauchs beschuldigte. Das Vorgehen trug auch anti-islamische Züge. Bereits vor dem Ende dieser Kampagne hatten aber informelle „Religionskurse“ großen Zulauf; ab 1989 wurde der Islam in Zentralasien ebenfalls wieder zu einem öffentlich sichtbaren Phänomen. Wie im Falle der Orthodxie erklärt sich die Wucht des religiösen Revivals damit, dass der Islam in Zentralasien keineswegs ausgemerzt war. Religiöse Riten und Bräuche hatten fortbestanden, ob verdeckt oder als nationales Brauchtum legitimiert. Gläubige konnten religiöse Praktiken, die zuvor nur in Familienheimen und inoffiziellen religiösen Versammlungsorten wie etwa Teehäusern möglich waren, ab Mitte der 1980er Jahre wieder in der Öffentlichkeit ausüben. Unzählige Moscheen wurden wiederaufgebaut oder neu errichtet, oft unter tatkräftiger Mithilfe der Gläubigen.²⁰

18 „Unsere Demokratie schwebt in einer ideologischen Leere.“ Meinungen über Religion und Politik in der russischen Politik 1990/91, in: Osteuropa-Archiv 43 (1993), H. 3, S. 55-63.

19 Helmut Altrichter: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009, S. 231.

20 Annette Krämer: Islam in Zentralasien. Blüte, Unterdrückung, Instrumentalisierung, in: Osteuropa 57 (2007), H. 8-9, S. 53-76.



Freitagsgebet in Leninabad (heute Chudschand in Tadschikistan), 1987
Foto: ullstein bild/SNA

Spaltungen und Schwierigkeiten

Während die orthodoxen Laien vielerorts beherzt zupackten und die neuen Möglichkeiten nutzten, schien die Moskauer Kirchenführung von den Ereignissen überrollt zu werden. Patriarch Pimen und andere hohe Bischöfe hielten nach dem Millennium an den gewohnten Ergebnissformeln gegenüber der Partei- und Staatsführung fest. Forderungen, die neu gewonnenen Freiheiten gesetzlich festzuschreiben und tatsächliche Religionsfreiheit in der Sowjetunion einzuführen, kamen nicht vom Moskauer Patriarchat, sondern von kirchlichen Dissident*innen und Menschenrechtsaktivist*innen. Sie hatten bereits unter Breschnew vehement die Gewährung tatsächlicher Glaubensfreiheit gefordert und dafür harte Strafen in Kauf genommen. Zu den prominentesten Figuren gehörte Gleb Jakunin (1934–2014), der 1966 nach scharfer Kritik an der Zusammenarbeit des damaligen Patriarchen Alexius I.

mit staatlichen Behörden zunächst sein Priesteramt verlor und 1980 dann für „antisowjetische Agitation und Propaganda“ verurteilt wurde. Nach seiner Rückkehr aus der Verbannung im Jahr 1987 nahm Jakunin sein früheres Engagement für die Rechte der sowjetischen Gläubigen wieder auf. Gemeinsam mit anderen Kritiker*innen forderte er eine Änderung des Religionsgesetzes: Der Kirche sollten endlich das Recht auf karitative Tätigkeit und auf die Erteilung von Religionsunterricht sowie Publikationsfreiheit gewährt werden. Mit diesen Forderungen trieben die Dissident*innen den Patriarchen vor sich her.

Die Kirchenführung konzentrierte ihre Anstrengungen vor allem darauf, die kirchliche Infrastruktur zu stabilisieren und auszuweiten. Sie besetzte vakante Bischofsitze, und die Zahl der orthodoxen Gemeinden wuchs drastisch. Während 1987 lediglich 16 neue Gemeinden registriert wurden, kamen in den Jahren 1989 und 1990 über 4000 neue Gemeinden hinzu, davon 1600 in der



Plakat der Jungen Union Saar, 1983
 Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung
 (KAS/ACDP 10-028: 383 CC-BY-SA 3.0 DE)

russischen und 1700 in der ukrainischen Teilrepublik.²¹ Das rasche Wachstum überforderte die kirchlichen Ressourcen jedoch merklich. Vor allem der dramatische Priestermangel machte der Kirche schwer zu schaffen. Zwar wurden ab 1990 zahlreiche Priesterschulen eröffnet, in denen improvisierter Unterricht stattfand. Doch tatsächlich mussten viele männliche Laien ohne substantielle Bildung im Schnellverfahren ordiniert werden, um eine Art von Gemeindeleben zu ermöglichen.²²

Viele Mittel flossen auch in die kirchliche Publikationsstätigkeit, die nach Jahrzehnten der Unterdrückung von Grund auf wiederbelebt werden musste. Ab 1990

entstanden in den Diözesen zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften. Die Kirchenführung bemühte sich, die drastische Unterversorgung der Gemeinden mit Bibeln und liturgischer Literatur zu lindern. Der chronische Papiermangel der Perestroika-Jahre und die Finanzknappheit der Kirche selbst erschwerten diese Aufgabe allerdings erheblich. Hilfe kam oft aus dem Ausland. Die ROK profitierte von finanziellen Zuwendungen aus dem Westen und nahm auch zahlreiche Sachspenden entgegen. Seit 1988 wurden Bibeinfuhren deutlich schneller genehmigt; westliche kirchliche Vereine schickten immer größere Mengen an Bibeln. Die sowjetischen Gläubigen nahmen diese und andere Bücher dankbar in Empfang, wie Zuschriften an sowjetische und westliche Zeitschriften zeigten.²³

Dissident*innen kritisierten allerdings die Praxis des Moskauer Patriarchats, als Geschenk empfangene Bibeln gegen eine Gebühr an die eigenen Gläubigen abzugeben. Unstimmigkeiten hatte es auch beim Millennium gegeben. Die Feierlichkeiten betonten den großen Beitrag der Orthodoxie zur russischen Geschichte. Die Kirche präsentierte sich als Hüterin des russischen Patriotismus und Garantin der staatlichen Integrität von der Christianisierung der Kiewer Rus bis zur Verteidigung der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg.²⁴ Ukrainische und belarussische Priester und kirchliche Dissident*innen störten sich an dieser nationalen Verengung auf Russland. Die historische Taufe hatte 988 in Kiew stattgefunden; der Schwerpunkt der Feierlichkeiten 1988 war aber Moskau. Kritik gab es zudem an der inszenierten Nähe zur Staatsführung.

Die Dissident*innen forderten eine kritische Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit des Moskauer Patriarchats, insbesondere seiner Verstrickungen mit staatlichen Behörden wie dem Geheimdienst. Engagierte Laien und kirchliche Intellektuelle prangerten immer wieder an, dass es innerhalb der Kirche weder Perestroika noch Glasnost gebe. Jakunin forderte sogar den Rücktritt des Patriarchen, da dieser zu stark in die staatlichen Repressionen verstrickt gewesen sei. Die Vorstöße trafen allerdings auf heftige Abwehr seitens der Bischöfe und des Patriarchats. Die Kirchenführung wehrte Jakunin

21 Wallace L. Daniel: *The Orthodox Church and Civil Society in Russia*, College Station 2006, S. 47; Nikolai Mitrokhin: *The Russian Orthodox Church in 1990*, in: Irina Prokhorova/Arch Tait/Bridget Kendall (Hg.): *1990. Russians Remember a Turning Point*, London 2013, S. 339.
 22 Mitrokhin (wie Anm. 21), S. 352 f.

23 Siehe zum Beispiel die Zeitschrift „Glaube in der 2. Welt“ (heute „Religion und Gesellschaft in Ost und West“). Der gleichnamige Verein vermittelte Spenden von Bibeln, religiöser Literatur und religiösen Gegenständen (wie etwa Musikkassetten) und druckte Antworten von Empfänger*innen aus der Sowjetunion.
 24 Ruh (wie Anm. 2), S. 323.

und seine Mitstreiter*innen als Unruhestifter*innen ab; innerkirchliche Kritik sorgte nur für „Misstrauen“ gegenüber der ROK.²⁵

Gegenwind erfuhren die Aktivist*innen auch von einer anderen Strömung innerhalb der Kirche. Während sich in den Perestroika-Jahren in der ROK zahlreiche Gruppen bildeten, die in der Tradition der Menschenrechtsaktivist*innen standen und ein liberales Religionsgesetz forderten, entstanden auch rechtsgerichtete, antiwestliche und oft antisemitische Vereinigungen, die liberale Reformen ablehnten und einen russischen Nationalismus propagierten. Zu den bekanntesten gehörte die chauvinistische Gesellschaft Pamjat (Gedächtnis), die sich die Wiederbelebung russischer Kultur auf die Fahnen geschrieben hatte. Im September 1990 zeigte die bis heute unaufgeklärte Ermordung des Priesters Alexander Men, der wegen seiner jüdischen Herkunft und ökumenischer Positionen bereits lange unter Angriffen gelitten hatte, die tiefe Spaltung innerhalb der russischen Orthodoxie, insbesondere unter ihren intellektuellen Anhänger*innen.

Neben der inneren Verfasstheit der ROK sorgte ihr Verhältnis zu anderen orthodoxen Kirchen und Abspaltungen für erhebliche Unstimmigkeiten. Von der religiösen Belebung der Perestroika-Jahre profitierte nicht nur die russische Orthodoxie. Auch andere Glaubensgemeinschaften lebten auf und wurden vom Moskauer Patriarchat oftmals als Bedrohung wahrgenommen. Dies galt insbesondere für die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (Unierte Kirche), die 1946 mit der ROK zwangsvereinigt worden war und in den Perestroika-Jahren um ihre Wiederzulassung als eigenständige Kirche kämpfte. Die besonders schnelle Registrierung neuer russisch-orthodoxer Gemeinden in der Ukraine hatte hier ihren Grund: Vor allem in der Westukraine war die Unierte Kirche stark verwurzelt, und die Moskauer Kirchenführung versuchte, ihrer Legalisierung zuvorzukommen. Als ab Ende 1989 auch unierte Gemeinden in der Ukraine zugelassen wurden, traten zahlreiche orthodoxe Priester und Gemeinden zu ihr über und bescherten dem Moskauer Patriarchat empfindliche Verluste an Gefolgschaft und Einkünften.

Gesetzliche Religionsfreiheit

Trotz dieser Schwierigkeiten blieb der gesellschaftliche Zustrom zur Orthodoxie bis zum Ende der Sowjetunion

.....

²⁵ So Patriarch Pimen bereits in seinem Interview mit der „Iswestija“ (9.4.1988), das dem Empfang im Kreml vorausging.

ungebrochen. Die begeisterte Wiederentdeckung der Religion – vor allem ihrer Rituale und großen Feste, weniger der regulären Gottesdienste – hielt an. Nicht nur die kirchliche Publikationstätigkeit zog an; auch säkulare Verlage begannen, religiöse Literatur zu veröffentlichen. Evangelien und Heiligenviten fanden guten Absatz. Bibeltexthe wurden vertont und für Kinder aufbereitet. Ausländische Erzeugnisse wie amerikanische Zeichentrickserien mit biblischen Inhalten kamen in die Sowjetunion. Kirchenvertreter wurden zu Grundsteinlegungen eingeladen.²⁶

Mit der Demokratisierung des sowjetischen politischen Systems folgte aus diesem gesellschaftlichen Zulauf eine politische Rolle der ROK. Der „Strukturwandel durch Öffentlichkeit“ (Helmut Altrichter), der das politische System der Sowjetunion im Zuge der Glasnost veränderte, schlug sich auch auf dem Gebiet der Religionspolitik nieder und brachte die Parteiführung in Zugzwang.²⁷ Für viele Mitglieder des 1989 neugewählten Volksdeputiertenkongresses hatte die Frage der Glaubensfreiheit hohe Priorität. Zwei neu gegründete christlich demokratische Parteien, eine unter der Führung von Gleb Jakunin, setzten sich für die Belange der Kirche und der Gläubigen ein. Die Rückgabe kirchlichen Eigentums beschleunigte sich nach dem Ende des Kongresses; die Erarbeitung eines neuen Religionsgesetzes, die seit dem Treffen Gorbatschows mit dem Patriarchen auf der politischen Agenda stand, erhielt neuen Schwung. Die damals noch bestehenden gesetzlichen Regelungen gingen auf ein „Kultgesetz“ von 1929 zurück, das die großen Wellen der antireligiösen Verfolgung unter Stalin und Chruschtschow erst ermöglicht hatte. 1975 waren die schärfsten Bestimmungen zwar schon gestrichen worden. Wirkliche Erleichterungen hatte es für die Glaubensgemeinschaften aber noch nicht gegeben.

Am 1. Oktober 1990 verabschiedete der Oberste Sowjet schließlich das vom Rat für Religionsangelegenheiten ausgearbeitete Gesetz „Über die Gewissensfreiheit und die religiösen Organisationen“, das volle Glaubens- und Missionsfreiheit garantierte. Die Anerkennung der Religionsausübung als Menschenrecht war damit in der Sowjetunion gesetzlich festgeschrieben. Dieses Gesetz traf auf den Widerstand konservativer Kreise in der Kommunistischen Partei, weshalb sich die Verabschiedung mehrfach verzögert hatte. Als das Gesetz wenige Tage nach der Verabschiedung endlich in Kraft trat, hatte die politische Realität es

.....

²⁶ Roth (wie Anm. 8), S. 37-44.

²⁷ Helmut Altrichter: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009.

allerdings bereits überholt. Die russische Teilrepublik verabschiedete fast zeitgleich mit der Unionsebene ebenfalls ein neues Religionsgesetz, das stärker an Rechtsstaatlichkeit orientiert war als das Unionsgesetz. Entscheidend von Dissident*innen mitgeprägt, legte es mehr Gewicht auf die Befreiung von staatlicher Repression. Zudem schrieb das Gesetz die weltanschauliche Neutralität des Staates fest. Atheistische Vereinigungen wurden von ihm getrennt. Nach dem Ende der Sowjetunion wurde dieses Religionsgesetz der russischen Teilrepublik zur Grundlage der Gesetzgebung der Russischen Föderation.

In den Jahren 1990 und 1991 öffneten sich für die ROK viele Türen, die sieben Jahrzehnte lang verschlossen gewesen waren. Liberale kirchliche Intellektuelle hatten bereits zu Beginn der Perestroika die öffentliche Bühne gesucht und Vorträge in Fabriken oder Universitäten gehalten. Ab 1990 bemühte sich auch die ROK um Präsenz im Fernsehen sowie in öffentlichen Institutionen und versuchte, im Bildungswesen, in Gefängnissen, Krankenhäusern und auch in der Armee Fuß zu fassen. Zugleich suchten politische Akteur*innen die Nähe zur ROK und zeigten sich in Kirchen sowie bei religiösen Feiern. Alexander Jakowlew, einer der wichtigsten Weggefährten Gorbatschows und vormaliger Atheist, unternahm 1991 eine Pilgerfahrt zum Optina-Kloster in der Nähe der Stadt Kaluga, während der er in einer Rede den Beitrag der Kirche zur russischen Kultur rühmte. Boris Jelzin nahm bei seiner Vereidigung als russischer Präsident sogar den Segen des 1990 gewählten Patriarchen Alexius II. entgegen. So eindeutig, wie es die Vereidigung nahelegte, war die kirchliche Parteinahme für Jelzin allerdings nicht. Tatsächlich reagierte die Kirchenführung in den letzten Monaten vor dem Ende der Sowjetunion oft widersprüchlich auf die sich überschlagenden politischen Ereignisse. Mal stellte sie sich auf die Seite Gorbatschows und schien den Erhalt der Sowjetunion zu favorisieren, mal schenkte sie Jelzins Bemühen um Unterstützung Gehör, um an die eigenen vorrevolutionären Traditionen anknüpfen zu können.

Mission „Nationale Identitätsstiftung“

Die Abkehr vom offiziellen Atheismus, das öffentliche Wiederaufleben der Religionen und schließlich das Ende der Sowjetunion ließen viele westliche Beobachter*innen triumphieren. Innerhalb kurzer Zeit verdrängte völlige Religionsfreiheit die Lenin'sche Religionsfeindlichkeit. Stramme Atheist*innen wandelten sich zu begeisterten Christ*innen; Religion wurde modisch und für Politiker*innen opportun. Schon während der Jubilä-



Boris Jelzin bei der Eröffnung des Platzes vor der Christus-Erlöser-Kathedrale in Moskau, links der Patriarch der Russisch-Orthodoxen Kirche Alexius II., rechts der Oberbürgermeister von Moskau Juri Luschkow, 3. September 1997

Foto: ullstein bild/SPUTNIK

umsfeierlichkeiten schwärmte eine deutsche Journalistin, dass der Kommunismus ein „schlecht aufgetragener Lack“ sei, der schon überall blättere, so dass darunter nun der vermeintliche „christliche Urgrund“ Russlands zum Vorschein komme.²⁸

In der sowjetischen Bevölkerung lösten die Geschehnisse der Perestroika-Jahre nicht nur Begeisterung aus, sondern verursachten Beklemmung, heftige Verlustgefühle und Zukunftsängste. Gerade das Beispiel der Religion unterstreicht, wie unkontrolliert und rasant die Veränderungen über die Menschen hereinbrachen. Mit dem Verlust der alten ideologischen Gewissheiten und der gewohnten politischen Strukturen tat sich, so das einhellige öffentliche Urteil, ein bedrohliches Vakuum auf. Wie sollte die russische Gesellschaft nach dem Ende des Kommunismus Orientierung und Sinn finden; woher sollte sie Einigkeit beziehen? Bei der Suche nach einer Lösung fielen die Blicke schnell auf die Orthodoxie als neuen Hoffnungsträger. Die ROK wurde von vielen Seiten dazu eingeladen, diese Lücke zu füllen. Das lag weniger am „christlichen Urgrund“ der russischen Bevölkerung,

.....
28 Anne Herbst-Oltmanns: Christen in Ost und West. Konfrontation oder Geben und Nehmen?, in: G2W 16 (1988), H. 6, S. 16 f.

sondern an Schwierigkeiten und Zwängen der Transformationszeit, auf die Religion und Kirche Antworten zu geben schienen. Die Kirche verfügte über eine feste Weltanschauung mit einer überzeugenden Symbolik und versprach ein Anknüpfen an unterbrochene russische Traditionen. In Umfragen wurde ihr unablässig eine große „moralische Autorität“ attestiert, die dabei helfen könne, gesellschaftliche Verwerfungen wie etwa den Drogenmissbrauch oder instabile Familienverhältnisse zu kurieren und das menschliche Zusammenleben auf eine „gesunde“ Grundlage zu stellen. Auch wenn diese moralische Kompetenz kaum greifbar blieb, war sie angesichts der schweren sozialen Probleme doch ein gewichtiges Versprechen. Und schließlich stand die ROK während der Auflösung der Sowjetunion als gesellschaftliche Klammer bereit, bevor die Konturen eines neuen politischen und wirtschaftlichen Systems sichtbar wurden.

Die ROK nahm diese Rolle als neuer Heilsbringer gerne an und profilierte sich mit einigem Erfolg als Trägerin einer nationalen russischen Identität. Ab 1991 ging das Bekenntnis zum neu entdeckten russischen Vaterland für viele Menschen einher mit dem Bekenntnis zur Orthodoxie. Während die politische und öffentliche Bedeutung der Kirche in den frühen 1990er Jahren kontinuierlich wuchs, fiel es ihr jedoch schwer, sich im Glaubensleben der russischen Bevölkerung zu verankern. Der religiöse Boom setzte sich zwar fort, pluralisierte sich aber merklich. Ausländische Kirchen und Missionar*innen drängten nach Russland. Gemeinsam mit konservativen und nationalistischen Gruppen machte die Kirchenführung Stimmung gegen diese „Invasion“ und drängte darauf, unliebsame Konkurrenz aus dem Ausland zu begrenzen. Im September 1997 verabschiedete die Duma schließlich mit großer Mehrheit ein neues Religionsgesetz, dessen Bestimmungen die führende Rolle der ROK rechtlich fixierten und andere Glaubensgemeinschaften in ihren Rechten beschränkten. Keine zehn Jahre nach der Verabschiedung des liberalen Religionsgesetzes von 1990 wurde die religiöse Freiheit somit wieder beschnitten. Dieses Mal war allerdings die ROK die treibende Kraft und nicht eine atheistische politische Partei.

Der Schulterschluss zwischen Staat und Kirche setzt sich im 21. Jahrhundert fort. Wie sein Vorgänger Boris Jelzin nutzte Präsident Wladimir Putin die Nähe zur ROK, um seiner Herrschaft moralische Legitimität zu verleihen und öffentliche Unterstützung zu generieren. Als es 2011 und 2012 in russischen Städten zu Massenprotesten gegen Wahlfälschungen kam, sorgte die Punkrock-Gruppe „Pussy Riot“ mit einem spektakulären Auftritt in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale für internationales Aufsehen. In ihrem „Punk-Gebet“ wandten sich die Frauen mit drastischen Worten gegen die enge Allianz zwischen Putin und dem Patriarchen Kyrill, kritisierten den Reichtum der Kirchenführer und riefen Maria an, Putin zu vertreiben.²⁹

Nach Putins neuerlicher Vereidigung als Präsident im März 2012 wurde das Bündnis noch enger als zuvor. Die kaum noch vorhandene demokratische Legitimation des Langzeitpräsidenten und seine schwankende wirtschaftliche Erfolgsbilanz machen heute die Unterstützung durch die ROK unverzichtbar. Putin präsentiert Russland als Bastion konservativer Werte, die er gegen äußere Angriffe verteidigt. Die Kirche verkörpert und bestätigt diese Werte. Anstelle der westlichen Importe Demokratie, Individualismus und Liberalismus sei „die russische Zivilisation“ von Gemeinschaft, Tradition und Spiritualität geprägt, so die Kirchenführung.³⁰

Kritische innerkirchliche Stimmen werden vom Moskauer Patriarchat als unpatriotisch und pro-westlich diskreditiert. Zu den Kritiker*innen gehörte bis zu seinem Tod im Jahr 2014 auch Gleb Jakunin, der sich nach dem Ende der Sowjetunion schnell in der Rolle eines Dissidenten wiederfand. Mit immer neuen Initiativen setzte er sich für tatsächliche Gewissensfreiheit und innerkirchliche Demokratie ein und prangerte Korruption und Amtsmissbrauch der Kirchenführung an. Bereits 1993 wurde er zum zweiten Mal vom Priesteramt suspendiert; 1997 folgte die Exkommunikation. Ihm wurden „antikirchliche Tätigkeiten“ vorgeworfen. Trotz der mächtigen Allianz mit dem autoritären Staat Putins gibt es auch heute Stimmen und Gruppen in der Kirche, die das dissidentische Erbe fortsetzen. Gehör finden sie zurzeit jedoch nicht. ▀

.....
29 Für eine deutsche Übersetzung des Textes siehe: https://www.focus.de/politik/ausland/punk-gebet-von-pussy-riot-im-wortlaut-mutter-gottes-vertreibe-putin_aid_790159.html [Stand: 10.05.2021].

30 Regina Elsner: Die Russische Orthodoxe Kirche vor der Herausforderung Moderne. Historische Wegmarken und theologische Optionen im Spannungsfeld von Einheit und Vielfalt, Würzburg 2018.

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar, Andreas Hesse

Titelbild: Sog. Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 durch Anhänger*innen Donald Trumps
© Foto: picture alliance/REUTERS/Shannon Stapleton

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren. Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Telefon: 089 9541154-00, Fax: 089 9541154-99, landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL
MEDIA

